

Unbedacht, unvorsichtig, gedankenlos

Stand: 14.02.2022 | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Kaja Klapsa**
Redakteurin Innenpolitik



Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD)

Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) prescht zusehends mit fragwürdigen Vorhaben vor – und muss sie danach wieder kleinlaut zurücknehmen. Hinzu kommen drastische Schreckensszenarien, die er aufgebracht im Fernsehen verkündet. Das belastet das Pandemie-Management zunehmend.

S eine bisher wohl düsterste Prognose verkündete Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am Sonntagabend vor Millionenpublikum. Man habe ein Virus, das ansteckender und gefährlicher sei als die Grippe, erklärte der SPD-Politiker in der ARD-Talksendung „Anne Will“ (<https://welt.de/236887115>). „Die Idee, dass das jetzt immer harmloser wird, demnächst eine Erkältungskrankheit, das ist eine ganz gefährliche Legende. Das mag in 30, 40 Jahren so sein, aber nicht für die nächsten zehn Jahre.“

Puh. Das Virus werde in den kommenden zehn Jahren nicht zu einer harmloseren Erkältungskrankheit? Eine überaus gewagte These, sogar für Lauterbachs Verhältnisse. Schließlich führt Omikron bereits jetzt zu deutlich milderen Krankheitsverläufen. Virologe Christian Drosten sieht in der neuen Variante sogar eine Chance, noch in diesem Jahr in die

endemische Phase zu kommen – und damit den pandemischen Zustand für beendet zu erklären.

Doch Lauterbach hält bekanntlich wenig von optimistischen Prognosen. Vergangene Woche sorgte er bereits für reichlich Kritik, als er im Falle von Lockerungen der Corona-Beschränkungen wie in Israel vor „400, 500“ Toten in Deutschland pro Tag warnte. „Angstminister“, nannte ihn später die oppositionelle CDU.

Auch Kabinettskollege und Justizminister Marco Buschmann (FDP) mahnte, man müsse vorsichtig sein mit solchen Modellrechnungen. „Wir sollten den Menschen nicht mehr Angst einjagen, als es angezeigt ist“, sagte Buschmann dem „Tagesspiegel“ (<https://plus.tagesspiegel.de/politik/justizminister-marco-buschmann-wir-sollten-den-menschen-nicht-mehr-angst-einjagen-als-es-anzeigt-ist-390292.html>). Es waren die ersten schärferen Töne der Liberalen, die sich direkt gegen den Gesundheitsminister richteten.

Redet er sich erst einmal in Rage...

Je länger Lauterbach im Amt ist, desto mehr werden seine Schwächen sichtbar. So gelingt es ihm vielmals nicht, während seiner zahlreichen Medienauftritte präzise zu kommunizieren und seine Botschaften an die Bevölkerung plausibel zu erklären.

Redet er sich bei einem Auftritt einmal in Rage, werden seine Äußerungen unvorsichtig, unbedacht, gar gedankenlos. Dies ist für ihn vor allem bei TV-Auftritten ein Problem, die im Gegensatz zu Zeitungsinterviews von seiner Pressestelle im Nachgang nicht mehr im üblichen Autorisierungsprozess zumindest leicht entschärft werden können. Die Folge ist eine verunsicherte Öffentlichkeit, die teils nicht mehr weiß, woran sie bei Lauterbachs Pandemie-Management ist.

Doch noch problematischer als Lauterbachs kommunikative Ausreißer sind unüberlegte politische Entscheidungen, die er später wieder zurücknehmen muss. So hat etwa das Bundesgesundheitsministerium, von Lauterbach gern „mein Haus“ genannt, eine Verordnung entwickelt, die dem Robert-Koch-Institut (RKI) weitreichende Entscheidungsbefugnisse einräumt, etwa bei der Frage des Genesenenstatus.

Ein Vorgehen, dessen Risiken Lauterbach schon im Vorfeld hätte antizipieren müssen. Denn in den vergangenen zwei Jahren ist sichtbar geworden, dass das RKI eine wissenschaftliche Behörde ist, die sich nicht durch ausgeprägtes politisches Gespür auszeichnet. Übergibt man dem Institut eine so weitreichende Verantwortung, braucht es im Vorfeld eine enge Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium. Diese soll es auf den Fachebenen offenbar auch gegeben haben, hieß es später verteidigend vom RKI – zu Lauterbach scheint diese allerdings nicht durchgedrungen zu sein.

Nun soll die Verordnung erneut überarbeitet werden und die „Delegation“ der Entscheidungen an das Robert-Koch-Institut entfallen. Dies geht aus der Beschlussvorlage für das Bund-Länder-Treffen ([/politik/deutschland/plus236890321/Corona-Regeln-Offnungen-geplant-Corona-Einschraenkungen-sollen-fallen.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus236890321/Corona-Regeln-Offnungen-geplant-Corona-Einschraenkungen-sollen-fallen.html)) am Mittwoch hervor. Eine schmerzhafte Klatsche für den Minister, der gerade einmal neun Wochen im Amt ist.

Unausgereifte Idee, öffentlich vorgetragen

Doch der Vorfall ist nicht die einzige Kehrtwende Lauterbachs, die zuletzt für reichlich Ärger und Unruhe gesorgt hat. Ende Januar schlug der Minister vor dem damaligen Bund-Länder-Gipfel eine Priorisierung von PCR-Tests vor. Aufgrund von Kapazitätsengpässen sollten künftig nur noch bestimmten Berufsgruppen und Hochrisikopatienten nach einem positiven Schnelltestergebnis einen PCR-Test bekommen, forderte er. Bund und Länder fassten anschließend einen entsprechenden Beschluss.

Die Kritik folgte prompt: Lehrer- und Erzieherverbände beschwerten sich, bei der Priorisierung außen vor zu sein, Länder und Kommunen klagten über Umsetzungsprobleme. Knapp zwei Wochen und diverse Debatten später verkündete Lauterbach schließlich eine „Veränderung der Position“. Die Kapazitäten der PCR-Tests reichten nun doch – und das sogar bis zu einer täglichen Zahl von 450.000 Neuinfektionen, sagte er. Jeder, der ein positives Schnelltestergebnis habe, habe weiterhin Anspruch auf einen PCR-Test.

Warum sich die Einschätzung plötzlich geändert hat? Ob währenddessen neue Testkapazitäten geschaffen wurden? Aus Regierungskreisen heißt es, man habe erkannt, dass die Umstellung der gesamten Test- und Berechnungsstrategie zu Hochinzidenz-Zeiten schlicht nicht möglich ist. Denn wie hätte man etwa sicherstellen können, dass all die Schnelltestergebnisse in die offizielle Sieben-Tage-Inzidenz einfließen?

Auch diese Überlegungen hätte Lauterbach anstellen sollen, bevor er mit seiner unausgereiften Idee an die Öffentlichkeit geht.

Bei all dem Hin und Her der vergangenen Wochen kommt dem Minister zugute, dass sich die Mitglieder des teilweise von ihm selbst rekrutierten Expertenrats der Bundesregierung mit Kritik an den Entscheidungen der Bundesregierung zurückhalten. Vor ihrer Berufung waren die 19 Mitglieder, zu denen etwa der Virologe Hendrik Streeck und der Intensivmediziner Christian Karagiannidis zählen, mit ihren kritischen Einschätzungen omnipräsent in den Medien.

Aktuell tun sie ihre Meinung zwar weiterhin kund, können aber nichts aus den internen Sitzungen des Gremiums berichten. Dies scheint zu einer grundsätzlichen Zurückhaltung geführt zu haben, die sich auch in den bisher eher unkonkreten Stellungnahmen des Gremiums widerspiegelt.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/236903283>